Niederschrift über die öffentliche konstituierende Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 1. November 2006, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 10/2006

Anwesend:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Brigitte Fiedler
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Ratsmitglied Siegfried Neumann
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Stephan Hellwig
Ratsmitglied Marita Hirsch
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Ratsmitglied Dr. Michael Schadewaldt
Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Astrid Mohr

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion

Ratsmitglied Johann Janssen
Ratsmitglied Gerold Tholen

NPD

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Jens Graul
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Als Gäste:

ehem. Ratsmitglied Walter Schulz und Frau
ehem. Ratsmitglied Dr. Uwe Biester
Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages Paul Krause

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter Edgar Ebeling
Stellv. Fachbereichsleiterin Marion Fiedelak
Fachbereichsleiter Peter Gniech
Sachbearbeiterin Bianka Götz
Geschäftsführer Klaus Grimminger
Fachbereichsleiterin Heike Hansemann
Fachbereichsleiter Martin Minssen
Fachbereichsleiter Arnold Preuß
Pers. Referentin Claudia Wachenfeld
Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs
Fachbereichsleiter Erwin Wothe

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 39

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
2 Förmliche Verpflichtung der Ratsmitglieder gem. § 42 NGO sowie Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder gemäß § 28 NGO und Belehrung über die Wahrung des Steuergeheimnisses
3 Bekanntgabe der Fraktionen und Gruppen
4 Wahl der / des Ratsvorsitzenden
5 Feststellung des Sitzverlustes von Ratsfrau Fiedler gemäß § 37 Abs. 2 NGO
6 Förmliche Verpflichtung des Nachfolgers von Ratsfrau Fiedler, Ratsherrn Föhlinger, gem. § 42 NGO sowie Pflichtenbelehrung gemäß § 28 NGO und Belehrung über die Wahrung des Steuergeheimnisses
7 Feststellung der Tagesordnung
8 Bestimmung der / des Vertreterin/nen bzw. Vertreter/s des Ratsvorsitzenden
9 Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenratsherr“
10 Ehrungen für langjährige Ratsmitgliedschaft
11 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem. § 50 NGO
12 Änderung der Hauptsatzung auf Antrag der BASU-Fraktion sowie der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen
13 Bildung des Verwaltungsausschusses gem. § 56 NGO
14 Wahl der / des Vertreterin/nen bzw. Vertreter/s des Oberbürgermeisters - Bürgermeisterin/Bürgermeister - gemäß § 61 Abs. 7 NGO
15 Änderung der Satzung für das Jugendamt
16 Bildung der Ausschüsse des Rates und der Gemeinde gem. §§ 51 und 53 NGO
17 Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden gem. § 51 Abs. 8 NGO *
18 Organisationsstruktur Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten
a) Vereinssatzung Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten e.V.
b) ergänzende Vereinbarung zum Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit in der Regionalen Arbeitgemeinschaft Bremen/Niederaschen (RAG)
19 Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien
20 Antrag der BASU-Fraktion zur Regelung der Durchführung von Klausurberatungen
21 a) Antrag der BASU-Fraktion zur Umsetzung der Einführung des Ratsinformationssystems für die Ratsmitglieder
b) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung des Ratsinformationssystems
22 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung eines „runden Tisches“ unter Beteiligung von Politik und Bürgern
23 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung von „Expertenanhörungen“ und Bildung von „Planungszellen“
24 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen auf Verkleinerung des Rates der nächsten Wahlperiode

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Da noch kein Ratsvorsitzender gewählt war, eröffnete Ratsherr Gabriels als ältestes Ratsmitglied die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Förmliche Verpflichtung der Ratsmitglieder gem. § 42 NGO sowie Pflichtenbelehrung der Ratsmitglieder gemäß § 28 NGO und Belehrung über die Wahrung des Steuergeheimnisses

Oberbürgermeister Menzel verpflichtete alle in der Niederschrift als anwesend verzeichneten Ratsmitglieder gem. § 42 NGO, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.
Anschließend wurde die Verpflichtung durch Herrn Philipp Panzer als jüngstes Mitglied des Rates stellvertretend für alle Ratsmitglieder mit dem äußeren Zeichen eines Handschlages bestätigt.

3 Bekanntgabe der Fraktionen und Gruppen

Herr Gabriels informierte über das Vorliegen folgender Erklärungen:

- Bildung der SPD-Fraktion mit 17 Mitgliedern
- Bildung der CDU-Fraktion mit 14 Mitgliedern
- Bildung der FDP-Fraktion mit 5 Mitgliedern
- Bildung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit 3 Mitgliedern
- Bildung der BASU-Fraktion mit 2 Mitgliedern und
- Bildung der LAW-Fraktion mit 2 Mitgliedern.

Erklärungen über Gruppenzusammenschlüsse lagen nicht vor.

4 Wahl der / des Ratsvorsitzenden

Herr Neumann wie auch Herr Prof. Reuter schlugen übereinstimmend **Herrn Norbert Schmidt** für das Amt des Ratsvorsitzenden vor.

In der darauf folgenden Abstimmung per Handzeichen wurde Herr Schmidt **einstimmig** (bei Enthaltung der LAW-Fraktion sowie seiner eigenen Stimme) zum Ratsvorsitzenden gewählt.

Herr Schmidt nahm die Wahl an und dankte für das entgegengebrachte Vertrauen.

5 Feststellung des Sitzverlustes von Ratsfrau Fiedler gemäß § 37 Abs. 2 NGO

Herr Schmidt informierte, Frau Brigitte Fiedler habe mit Schreiben vom 13.Oktober 2006 erklärt, dass sie ihr Ratsmandat nicht antreten könne und daher auf den Sitz verzichte. Das Niedersächsische Kommunalwahlgesetz sehe vor, dass ein gewähltes Ratsmitglied seinen Sitz dann angenommen habe, wenn nicht innerhalb einer Woche nach Zugang der Sitzbenachrichtigung des Gemeindewahlleiters die Ablehnung erklärt wird. Die Sitzbenachrichtigung sei Frau Fiedler am 15.09.2006 zugestellt worden, die o.g. Ablehnung erfolgte jedoch erst am 13.10.06. Damit habe Frau Fiedler den Sitz nach den Regelungen des NKWG zunächst angenommen und ihr Schreiben sei nun als Sitzverzicht im Sinne des § 37 Absatz 1 Nr. 1 NGO zu werten.

Aus diesem Grunde bitte er, folgendem **Beschlussvorschlag** zuzustimmen:

„Die Voraussetzung für das Ende der Mitgliedschaft von Frau Ratsfrau Fiedler im Rat der Stadt Wilhelmshaven ist zum 01.11.06 gem. § 37 Absatz 1 Nr. 1 NGO erfüllt."

Der Beschlussvorschlag wurde **einstimmig** (bei 1 Enthaltung von Herrn Dr. von Teichman) **angenommen**.

Herr Schmidt überbrachte Frau Fiedler im Namen des Rates seine besten Wünsche für ihre Zukunft.

6 Förmliche Verpflichtung des Nachfolgers von Ratsfrau Fiedler, Ratsherrn Föhlinger, gem. § 42 NGO sowie Pflichtenbelehrung gemäß § 28 NGO und Belehrung über die Wahrung des Steuergeheimnisses

Herr Schmidt informierte, dass nach Feststellung von Oberbürgermeister Menzel als Gemeindewahlleiter Herr Karlheinz Föhlinger anstelle von Frau Fiedler für die SPD in den Rat nachrücke. Herr Föhlinger habe den Sitz gemäß den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes angenommen.

Oberbürgermeister Menzel verpflichtete als neues Ratsmitglied **Herrn Karlheinz Föhlinger** gemäß § 42 NGO durch Handschlag, die Aufgaben des Rates nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten und wies besonders auf die Bestimmungen der §§ 25 - 27 NGO (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) sowie auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin. Die entsprechenden Gesetzestexte wurden übergeben.

Oberbürgermeister Menzel wies darauf hin, dass diese Pflichtenbelehrung gemäß § 28 NGO aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in diese Niederschrift geschehe.

7 Feststellung der Tagesordnung

Da keine Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung vorlagen, wurde die **Tagesordnung in der vorliegenden Form einstimmig festgestellt.**

8 Bestimmung der / des Vertreterin/nen bzw. Vertreter/s des Ratsvorsitzenden

Herr Prof. Reuter schlug **Herrn Bernhard Rech** für das Amt des stellvertretenden Ratsvorsitzenden vor.

Da keine weiteren Vorschläge vorlagen und schriftliche oder geheime Wahl nicht beantragt wurde, wurde offen per Handzeichen abgestimmt.

Herr Ratsherr Bernhard Rech wurde daraufhin einstimmig (bei 3 Enthaltungen – LAW-Fraktion sowie Herr Rech) zum stellvertretenden Ratsvorsitzenden gewählt.

9 Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenratsherr“

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 30.10.2006 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven verleiht Herrn **Walter Schulz** die Ehrenbezeichnung **„Ehrenratsherr“.**

10 Ehrungen für langjährige Ratsmitgliedschaft

Der Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, Herr Paul Krause, hielt eine Laudatio anlässlich der Ehrung der langjährigen Ratsmitgliedschaft von Frau Ursula Aljets, Herrn Hans Gabriels, Herrn Oberbürgermeister Eberhard Menzel sowie Herrn Dr. Uwe Biester und überreichte den zu Ehrenden anschließend die Ehrenurkunde des Niedersächsischen Städtetages.

Im Anschluss daran nahm Herr Schmidt in seiner Eigenschaft als Ratsvorsitzender nach einer kurzen persönlichen Ansprache die Verleihung des goldenen Stadtehrenringes bzw. der Ehrennadel des Rates der Stadt Wilhelmshaven vor.

Abschließend wurde Herr Walter Schulz als nunmehr ehemaliges Mitglied des Rates für seine 42-jährige Mitgliedschaft im Rat der Stadt und seine zahlreichen Verdienste zum Wohle der Stadt besonders geehrt. Der Ratsvorsitzende Herr Schmidt würdigte den Einsatz und die von Herrn Schulz geleistete Arbeit und überreichte ihm die Urkunde mit der Ernennung zum „Ehrenratsherr“ sowie einen Präsentkorb. Durch Herrn Krause wurde ferner ein Präsent des Niedersächsischen Städtetages überreicht.

Herr Schulz dankte für die gute Zusammenarbeit während seiner Zeit als Mitglied des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

Herr Rech dankte in diesem Zusammenhang für das ihm mit der Wahl zum stellvertretenden Ratsvorsitzenden entgegengebrachte Vertrauen.

11 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Rates gem. § 50 NGO

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 30.10.2006 vor.

Die zu diesem Thema vorliegenden Änderungsanträge der BASU-Fraktion der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurden in der Reihenfolge der Regelungen der Geschäftsordnung behandelt, auf die sie sich bezogen, und einzeln abgestimmt.

Zunächst brachte Herr Tjaden für die BASU-Fraktion den **Antrag Nr. 008-06** zu **§ 1 der Geschäftsordnung - „Einberufung des Rates“** - ein:

„Rats- und Ausschusssitzungen finden in regelmäßigen Abständen auch während der Ferienzeiten während der Schulferien statt. Ausgenommen wird ein Zeitraum von 4 Wochen ab Beginn der Sommerferien.“

Der Antrag wurde bei 3 Ja-Stimmen der BASU-Fraktion und Herrn Janssen sowie 42 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zu **§ 2 der Geschäftsordnung – „Tagesordnung“** – lag ein weiterer Antrag der BASU-Fraktion vor (Nr. 004-06, 1. Spiegelstrich), der durch Herrn Tjaden eingebracht wurde:

„Einfügen eines zusätzlichen Absatzes: ‚In die Tagesordnung wird der TOP „Aktuelle Stunde“ oder „Mitteilungen und Anfragen“ eingefügt. Zu diesem TOP müssen die Ratsmitglieder die Beratungspunkte zwei Tage vor der Ratssitzung eingebracht haben.’“

Der dazu gehörige Teil des gemeinsamen Antrages (Ziff. II. 1.a) wurde von Herrn Dr. von Teichman eingebracht und anschließend begründet. Dazu verwies er auf die Änderung des ursprünglich eingebrachten Antrages. Dieser sei durch die heute verteilte Version des gemeinsamen Antrages ersetzt worden.

‚In Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt: „In die Tagesordnung wird ein ständiger Tagesordnungspunkt „Aktuelle Stunde“ aufgenommen. Hier können Gegenstände, die von allgemeinem und aktuellem Interesse für die Bürgerinnen und Bürger sind, erörtert werden. Wird eine Erörterung zu diesem Tagesordnungspunkt gewünscht, so ist der Erörterungsgegenstand dem Oberbürgermeister bis 48 Stunden vor der Ratssitzung mitzuteilen. Die Erörterung unter diesem Tagesordnungspunkt findet zu Beginn der Ratssitzung statt und soll eine halbe Stunde nicht überschreiten. Die „aktuelle Stunde“ dient nicht dem Auskunftsrecht.“’

Herr Prof. Reuter appellierte, den Antrag der BASU-Fraktion abzulehnen, da dieser nicht eindeutig formuliert sei: Dort seien die „aktuelle Stunde“ sowie „Mitteilungen und Anfragen“ scheinbar gleichgesetzt, was jedoch so nicht richtig sei. Die „aktuelle Stunde“ diene nicht dem Auskunftsrecht und lasse keine Rückfragen zu, was in dem BASU-Antrag jedoch nicht kenntlich gemacht werde. In der vorliegenden Fassung halte er Antrag der BASU-Fraktion für rechtlich nicht korrekt.

Herr Tjaden wendete ein, er habe den Antrag mit Absicht von der Formulierung her eher offen gehalten. Seine Intention sei die Einrichtung eines Tagesordnungspunktes gewesen, der es ermögliche, kurzfristig auf aktuelle Geschehnisse zu reagieren. Da beide Anträge jedoch das gleiche bewirkten, werde er den Antrag seiner Fraktion zurückziehen.

Der Antrag der BASU-Fraktion Nr. 004-06, 1. Spiegelstrich, wurde zurückgezogen.

Der **gemeinsame Antrag von CDU, FDP und Grünen** zur Ergänzung des § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung um die Aufnahme eines ständigen Tagesordnungspunktes **„Aktuelle Stunde“** in die Tagesordnung wurde **einstimmig angenommen**.

Herr Dr. von Teichman brachte einen weiteren Teil (Ziff. II.1.b) des gemeinsamen Antrages zu § 2 der Geschäftsordndung des Rates ein und begründete diesen anschließend:

„Es wird ein Abs. 3 angefügt mit folgendem Wortlauf: „Die Tagesordnung sowie Anträge mit ihrem vollem Wortlaut und die erste Seite der jeweiligen Beschlussvorschläge werden in geeigneter Weise mit geeigneten Mitteln den Zuhörern und Zuhörerinnen zugänglich gemacht.“

Herr Prof. Reuter ergänzte, dass mit den im Antrag geforderten Hilfen unter Zuhilfenahme der bestehenden technischen Möglichkeiten der Verlauf einer Ratssitzung für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer gestaltet und damit mehr Transparenz geschaffen werden solle. Dies stelle dabei lediglich einen ersten Schritt zum weiteren Einsatz moderner Techniken dar.

Der **gemeinsame Antrag von CDU, FDP und Grünen** zur Erweiterung des § 2 der Geschäftsordnung um einen neuen Abs. 3 zur Präsentation von Tagesordnung und Vorlagen wurde **einstimmig angenommen**.

Zu **§ 19 der Geschäftsordnung – „Niederschrift**“ – lag ein Änderungsantrag der BASU-Fraktion vor (Nr. 004-06, 2. Spiegelstrich). Dieser Antrag wurde ebenfalls durch Herrn Tjaden eingebracht und begründet:

„Einfügen eines zusätzlichen Unterpunktes: ‚Rats- und Ausschussprotokolle werden der Bevölkerung im Internet und an geeigneten Stellen städtischer Dienststellen zugänglich gemacht.’“

Herr Stoffers machte darauf aufmerksam, dass dieser Antrag sich nur auf öffentliche Protokolle beziehen könne und bat, den Antrag entsprechend einzuschränken.

Frau Aljets ergänzte, dass die Protokolle öffentlicher Rats- und Ausschusssitzungen bereits jetzt in der Stadtbücherei sowie im Internet einsehbar seien.

Herr Tjaden bestätigte, dass sein Antrag sich lediglich auf die Dokumente aus öffentlichen Sitzungen beziehe. Zum Einwurf von Frau Aljets merkte er an, dass er es wünschenswert fände, die Protokolle auch an anderen Stellen außer der Bücherei einsehen zu können.

Der **Antrag der BASU-Fraktion Nr. 004-06, 2. Spiegelstrich**, zu § 19 der Geschäftsordnung wurde in der geänderten Form (*‚**Öffentliche** Rats- und Ausschussprotokolle werden der Bevölkerung im Internet und an geeigneten Stellen städtischer Dienststellen zugänglich gemacht.’*) **mehrheitlich angenommen**.

Seitens der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen lag ein weiterer gemeinsamer Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung (hier: zu **§ 24 – „Tätigkeit der Ausschüsse“**) vor.

Herr Dr. von Teichman brachte diesen wie folgt ein:

„§ 24 Abs. 1: Der zweite Satz wird gestrichen und ersetzt durch: ‚Sie treten nach Bedarf zusammen. § 52 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 NGO bleibt unberührt.’“

Der Antrag wurde einstimmig (bei 1 Enthaltung – Herr Tholen, LAW) angenommen.

Abschließend brachte Herr Müller einen Dringlichkeitsantrag ein und begründete diesen anschließend:

„In der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven wird im § 9 Absatz 1 der Punkt a) „Nichtbefassung“ ersatzlos gestrichen.“

Herr Stoffers wies darauf hin, dass es sich dabei nicht um einen Dringlichkeitsantrag, sondern um einen Änderungsantrag handele, über den dann wie bei den vorherigen Anträgen auch, abgestimmt werden könne. Im folgenden erläuterte Herr Stoffers die mit der Regelung des § 9 der Geschäftsordnung verbundene Absicht.

Herr Neumann appellierte, diesen Antrag abzulehnen.

Der Änderungsantrag von Herrn Müller wurde einstimmig abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt (bei 2 Gegenstimmen – LAW-Fraktion)-

Die Geschäftsordnung wird in der geänderten Form beschlossen.

12 Änderung der Hauptsatzung auf Antrag der BASU-Fraktion sowie der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Die vorliegenden Anträge der BASU-Fraktion sowie die gemeinsamen Anträge der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Hauptsatzung wurden in der Reihenfolge der Regelungen in der Hauptsatzung behandelt, auf die sie sich bezogen, und jeweils einzeln über sie abgestimmt.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, der ursprünglich eingebrachte Antrag sei zwischenzeitlich gekürzt und durch den als Tischvorlage ausgeteilten Änderungsantrag ersetzt worden. Hierzu brachte er den ersten Teil des abgeänderten gemeinsamen Antrages der CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, Änderung des **§ 3 der Hauptsatzung**, ein und begründete diesen anschließend:

„a. Es wird nach dem ersten Satz folgender Satz 2 eingefügt: „Zur Information der Bürgerinnen und Bürger erfolgt eine Veröffentlichung im Internet. Darin sind auch die dazugehörigen Pläne, Karten oder Zeichnungen enthalten.“ Die Sätze 2 bis 4 werden Sätze 4 bis 6.
b. Im Absatz 2 werden hinter den Wörtern „Wilhelmshavener Zeitung“ die Wörter „und im Internet“ eingefügt.
c. Im Absatz 4 wird ein weiterer Satz angefügt: „Auf Verlangen des Rates führt der Oberbürgermeister eine Einwohnerversammlung durch.“.“

Herr Stoffers erklärte, gegen die unter a und b beantragten Änderungen bestünden keine rechtlichen Bedenken. Die Forderung des Punkt c bedürfe jedoch einiger Hinweise: Hier vertrete die Verwaltung die Auffassung, dass eine solche Regelung in der Hauptsatzung nicht zulässig sei. Ein solches Verlangen könne an den Oberbürgermeister nicht gestellt werden, da dieses einen Eingriff in die Kompetenzzuweisung der NGO darstelle. Diese sehe vor, dass der Oberbürgermeister bei wichtigen Angelegenheiten von sich aus eine Einwohnerversammlung einberufen könne. Dieses Recht liege nicht in der Befugnis des Rates. Zwar sei diese Auffassung in der entsprechenden Literatur durchaus umstritten, dennoch liege eine Stellungnahme des Verbandsjuristen des Niedersächsischen Städtetages vor, der die Rechtsauffassung der Verwaltung als richtig bestätige. Werde der Rat der Änderung der Hauptsatzung in diesem Punkt zustimmen, sei es die Pflicht des Oberbürgermeisters, diesen Beschluss nach Meldung an die Kommunalaufsicht von dort überprüfen zu lassen.

Herr Tjaden schlug vor, in diesem Falle das Begehren an die Verwaltung zu richten, um somit die rechtlich schwierige Situation zu entschärfen.

Herr Dr. von Teichman verwies auf die Kommentierung Thiele, die eine gegenteilige Auffassung vertrete. Dieser leite das Recht von der Möglichkeit der Verpflichtung des Bürgermeisters durch die Stadtbezirks- und Ortsräte zur Durchführung einer Einwohnerversammlung ab. Denn was in diesem Bereich richtig und möglich sei, müsse erst recht für den Rat gelten. Dort werde sogar eine derartige Regelung für die Hauptsatzung empfohlen. Da die Antrag stellenden Fraktionen diese Rechtsauffassung für schlüssig erachteten, werde der Antrag weiterhin aufrecht gehalten.

Oberbürgermeister Menzel wies darauf hin, dass die Stellungnahme des Niedersächsischen Städtetages in diesem Falle jedoch zu einer anderen Sichtweise komme und die Interpretation, dass die

Entscheidungsbefugnis über die Durchführung einer Einwohnerversammlung auch beim Rat liegen könne, eindeutig verneine. Von dort werde die Auffassung vertreten, dass zwar Regelungen zur Durchführung einer Einwohnerversammlung in die Hauptsatzung aufgenommen werden könnten, die Entscheidung aber, ob eine Einwohnerversammlung durchzuführen sei, liege nach dortiger Meinung allein beim Oberbürgermeister. Auch die Ableitung dieses Rechtes von der Möglichkeit für Stadtbezirks- und Ortsräte werde seitens des Städtetages verneint, da anderenfalls auch explizit auf das Vorliegen der gleichen Möglichkeit für den Rat hingewiesen worden wäre. Aus diesem Grunde müsse er sich vorbehalten, sollte ein entsprechender Beschluss gefasst werden, diesen durch die Kommunalaufsicht überprüfen zu lassen und gegebenenfalls rechtlich dagegen vorzugehen.

Herr Stoffers hielt dem Vorschlag von Herrn Tjaden entgegen, dass es bei dieser Problematik nicht um den Oberbürgermeister als Person gehe, sondern als Organ der Stadt Wilhelmshaven. Dies beziehe somit die gesamte Verwaltung ein.

Herr Biehl empfahl, der Rat solle von seinem Recht, diesen Antrag einzubringen und darüber abzustimmen, Gebrauch machen; ebenso wie der Oberbürgermeister dann bei einem entsprechenden Beschluss von seinem Recht des Einspruchs Gebrauch machen solle.

Herr Neumann signalisierte, seine Fraktion werde diesen Punkt des Antrages ablehnen.

Die darauf folgende Abstimmung über die einzelnen Punkte ergab folgendes Ergebnis:

a. *„Es wird nach dem ersten Satz folgender Satz 2 eingefügt: „Zur Information der Bürgerinnen und Bürger erfolgt eine Veröffentlichung im Internet. Darin sind auch die dazugehörigen Pläne, Karten oder Zeichnungen enthalten.“ Die Sätze 2 bis 4 werden Sätze 4 bis 6.“*

= einstimmig angenommen

b. *„Im Absatz 2 werden hinter den Wörtern „Wilhelmshavener Zeitung“ die Wörter „und im Internet“ eingefügt.“*

= einstimmig angenommen

c. *„Im Absatz 4 wird ein weiterer Satz angefügt: „Auf Verlangen des Rates führt der Oberbürgermeister eine Einwohnerversammlung durch.““*

= mehrheitlich angenommen
bei 27 Ja-Stimmen (CDU-, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BASU-, LAW-Fraktion und NPD)
sowie 18 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Menzel).

Ein weiterer Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bezog sich auf **§ 4 der Hauptsatzung** und wurde durch Herrn Dr. von Teichman wie folgt eingebracht:

„Es wird ein Abs. 3 angefügt: ‚Der Rat behält sich die Verfügung über veranschlagte Haushaltsmittel bei Grundstückskäufen über 0,5 Mio. € vor.’“

Der Änderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Hinsichtlich der **Regelung zur Ratsöffentlichkeit von Ausschüssen und Gremien** lagen zwei weitere Änderungsanträge vor.

Zum einen beantragte Herr Tjaden für die BASU-Fraktion mit dem **Antrag Nr. 003-06**, 1. Spiegelstrich folgendes:

„Einfügen eines § mit dem Wortlaut: ‚Alle Ratsmitglieder können an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses und aller Gremien städtischer Beteiligungen als Zuhörer/in teilnehmen.'"

Seitens der CDU-Fraktion wurde gemeinsam mit FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt und durch Herrn Dr. von Teichman vorgebracht und begründet:

„Hinter dem § 4 wird ein neuer § 5 mit der Überschrift „Ratsöffentlichkeit der Sitzungen des Verwaltungsausschusses" eingefügt: ‚Jede Ratsfrau und jeder Ratsherr ist berechtigt, an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörerin bzw. Zuhörer teilzunehmen. Ein Anspruch auf Sitzungsgeld besteht nicht. Die bisherigen §§ 5 bis 16 werden §§ 6 bis 17.'"

Herr Adam zeigte sich gegenüber dem Antrag der BASU skeptisch. Seines Erachtens sei es nicht ohne weiteres möglich, die Vorschriften für die Ausschüsse auch auf die Gremien zu übertragen. Hinsichtlich der Ratsöffentlichkeit von Sitzungen des Verwaltungsausschusses signalisierte er, dass sich seine Fraktion enthalten werde, da man der Auffassung sei, die Fraktionen des Rates seien durch die Grundmandatsinhaber ohnehin im Verwaltungsausschuss vertreten und diese Regelung damit überflüssig erscheine. Es entstehe der Eindruck, dieses lediglich für den einzigen Vertreter einer rechtsgerichteten Partei im Rat erwirken zu wollen.

Herr Prof. Reuter hielt dem entgegen, dass es bei dem Antrag nicht darum gehe, dem einen oder anderen Ratsmitglied einen Vorteil zu verschaffen, sondern darum, auch in der Arbeit des Verwaltungsausschusses größtmögliche Transparenz zu erzielen.

Herr Dr. Schadewaldt ergänzte, mit der Öffnung der Sitzungen des Verwaltungsausschusses für die Ratsmitglieder sei lediglich eine Verbesserung des Informationsflusses gewollt.

Oberbürgermeister Menzel hielt dem entgegen, dass gerade im Verwaltungsausschuss vielfach vertrauliche und schützenswerte Themen behandelt würden, die eben nicht einer Öffentlichkeit, und sei es auch der Ratsöffentlichkeit – also den übrigen Ratsmitgliedern – zugänglich gemacht werden sollten. Er verwahre sich jedoch entschieden gegen die von Herrn Tjaden in der Begründung seines Antrages vorgebrachte Behauptung, in der Verwaltung herrsche Korruption.

Herr Tjaden stellte richtig, dass er eine größtmögliche Öffentlichkeit in der Arbeit aller Ausschüsse und Gremien erreichen wolle, um gar nicht erst den Verdacht von Bestechlichkeit aufkommen zu lassen. Er weise daher seinerseits den Vorwurf, er bezichtige die Verwaltung der Korruption, zurück.

Herr Biehl rief zu mehr Sachlichkeit auf. Schließlich gehe es bei den vorliegenden Anträgen lediglich um die Frage, ob die übrigen Ratsmitglieder an Sitzungen des Verwaltungsausschusses teilnehmen dürfen oder nicht.

Herr Dr. von Teichman mahnte, dass das strittige Zitat in der Begründung des BASU-Antrages deutlicher als solches hätte gekennzeichnet werden müssen, um einer Eskalation vorzubeugen. Darüber hinaus

gehöre auch ein solches Zitat nicht in dieses Anliegen hinein. Doch auch die von Herrn Adam geäußerte Vermutung könne er nicht nachvollziehen. Man wolle nichts anderes, als weitere Informationsmöglichkeiten für die übrigen Ratsmitglieder durch Zuhören in den Verwaltungsausschusssitzungen schaffen. Im übrigen habe eine solche Regelung bereits früher in der Hauptsatzung bestanden.

In Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Tjaden erklärte Herr Stoffers die rechtlichen Möglichkeiten der Ratsöffentlichkeit in Gremien: Das Verfahren in den Gremien der Gesellschaften liege nicht in der Entscheidungsbefugnis des Rates und sei somit auch nicht über die Hauptsatzung regelbar. Dies müsse in den Regelwerken der einzelnen Gesellschaften gesondert festgelegt werden. Im übrigen dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade in den Gremien über Geschäftsgeheimnisse beraten werde, die Dritten nicht zugänglich zu machen seien.

Der Antrag der BASU-Fraktion Nr. 003-06, 1. Spiegelstrich wurde daraufhin mehrheitlich (bei 4 Ja-Stimmen – BASU- und LAW-Fraktion – sowie 1 Enthaltung – NPD) **abgelehnt.**

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ergänzung der Hauptsatzung um einen neuen § 5 „Ratsöffentlichkeit der Sitzungen des Verwaltungsausschusses“ wurde einstimmig (bei Enthaltung der SPD-Fraktion) **angenommen.**

Zu **§ 6 der Hauptsatzung** – „Vertreter des Oberbürgermeisters“ - brachte Herr Tjaden für die BASU-Fraktion folgenden Antrag (Nr. 007-06) ein:

„Der Rat der Stadt wählt eine Vertreterin oder einen Vertreter des Oberbürgermeisters.“

Herr Prof. Reuter erklärte, dass der ursprünglich dazu von den Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Antrag, die Zahl der ehrenamtlichen Vertreter auf eine(n) zu reduzieren, nunmehr aufgrund der vorgelegten Statistik zu den Terminen der ehrenamtlichen Vertreterinnen und des Oberbürgermeisters zurückgezogen worden sei. Darüber hinaus erforderten die Zukunftsaufgaben der Stadt die vermehrte Entlastung des Oberbürgermeisters von repräsentativen Aufgaben. Um dieses zu gewährleisten habe man auf den ursprünglichen Antrag verzichtet und werde an entsprechender Stelle in der Tagesordnung auch die Festlegung einer Reihenfolge in der Vertretung beantragen.

Herr Neumann signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Ender erklärte, die BASU-Fraktion werde ihren Antrag auch weiterhin aufrecht halten. Das bereits in der Vergangenheit vorgebrachte Argument der Kosteneinsparung durch Streichung eines / einer ehrenamtlichen Vertreters / Vertreterin halte er nach wie vor für aktuell und sinnvoll.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass auch seine Fraktion sich durch die Aufstellung der Verwaltung von der Notwendigkeit eines weiteren ehrenamtlichen Vertreters habe überzeugen lassen. Auch er sei der Auffassung, dass der Oberbürgermeister zu Gunsten der großen Zukunftsprojekte von den repräsentativen Aufgaben entlastet werden solle, so dass man dem Antrag der BASU-Fraktion nicht folgen könne.

Oberbürgermeister Menzel führte dazu aus, dass er dennoch als „eingleisiger“ Oberbürgermeister beide Aufgabengebiete angemessen wahrnehmen müsse und nicht den einen Teil zugunsten des anderen aufgeben dürfe. Hier habe er seit dem 01.01.2003 einen Mittelweg gefunden.

Der **Antrag der BASU-Fraktion Nr. 007-06** zu § 6 der Hauptsatzung wurde bei 4 Ja-Stimmen (BASU-Fraktion, LAW-Fraktion) **mehrheitlich abgelehnt**.

Ziff. I.1.5 des gemeinsamen Antrages der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (*Einfügen eines neuen Satzes in § 8 (alt) der Hauptsatzung: „Der Verwaltungsausschuss ist nachrichtlich (Schriftform genügt) von den Rechtsgeschäften zu informieren.“*) **wurde gestrichen**. Er ist nicht mehr Gegenstand des in der Sitzung vorgelegten aktuellen Änderungsantrages.

Abschließend brachte Herr Tjaden für die BASU-Fraktion den **2. Teil des Antrages Nr. 003-06** ein:

„Einfügen eines § mit dem Wortlaut: ‚Die Protokolle aller Sitzungen von Gremien städtischer Beteiligungen können von allen Ratsmitgliedern eingesehen werden.’“

Nachdem Herr Stoffers erneut zur Problematik des Auskunftsrechtes in Gremien Stellung genommen hatte, **zog Herr Tjaden den 2. Teil des Antrages Nr. 003-06 zurück**.

13 Bildung des Verwaltungsausschusses gem. § 56 NGO

Die Fraktionen benannten die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und deren VertreterInnen entsprechend der vorgegebenen Sitzverteilung wie folgt:

SPD-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsherr Adam, Wilfrid	Ratsfrau Aljets, Ursula
Ratsherr Neumann, Siegfried	Ratsfrau Gastmann, Sabine
Ratsherr Schmidt, Norbert	Ratsherr Gabriels, Hans
CDU-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsherr Langen, Fritz	Ratsherr Möhle, Helmut
Ratsherr Prof. Reuter, Günter	Ratsherr Rech, Bernhard
Ratsherr Weerda, Heinz	Ratsherr Harms, Martin
FDP-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsherr Dr. von Teichman, Michael	Ratsfrau Bauermeister, Susanne
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**Vertreter/-in**
Ratsherr Biehl, Werner	Ratsfrau Lach, Erika
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsherr Tjaden, Joachim	Ratsherr Ender, Joachim
Grundmandat LAW-Fraktion	**Vertreter/-in**
Ratsherr Tholen, Gerold	Ratsherr Janssen, Johann

Beschluss: (einstimmig)

Der Rat stellt die Bildung des Verwaltungsausschuss – wie soeben vorgetragen – durch Beschluss fest.

14 Wahl der / des Vertreterin/nen bzw. Vertreter/s des Oberbürgermeisters - Bürgermeisterin/Bürgermeister - gemäß § 61 Abs. 7 NGO

Der Vorschlag, eine **Vertretungsreihenfolge** der ehrenamtlichen Vertreter/-innen des Oberbürgermeisters festzulegen, wurde **einstimmig (bei Enthaltungen der BASU-Fraktion sowie der LAW-Fraktion) angenommen.**

Herr Prof. Reuter schlug

Herrn Beigeordneten Langen für das Amt des 1. Bürgermeisters und
Herrn Beigeordneten Biehl für das Amt des 2. Bürgermeisters vor.

Weitere Vorschläge wurden nicht eingebracht.

Herr Ender beantragte geheime Wahl.

Als **Schriftführer** wurden daraufhin Frau Gastmann und Herr Felbier bestimmt.

Nach durchgeführter geheimer Wahl brachte die Stimmauszählung durch die SchriftführerInnen folgendes Ergebnis:

a) Für Herrn Langen als 1. Bürgermeister ergaben sich 38 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen.
Damit hatte Herr Langen die erforderliche Mehrheit erreicht und wurde zum 1. Bürgermeister gewählt. Herr Langen nahm die Wahl an.

b) Auf Herrn Biehl als 2. Bürgermeister entfielen 24 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen.
Damit hatte Herr Biehl die erforderliche Mehrheit erreicht und wurde zum 2. Bürgermeister gewählt. Herr Biehl nahm die Wahl an.

Herr Langen wie auch Herr Biehl dankten für die eindeutigen Ergebnisse und das entgegengebrachte Vertrauen.

15 Änderung der Satzung für das Jugendamt

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 30.10.2006 vor.

Frau Gastmann brachte für die SPD-Fraktion folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die SPD-Fraktion beantragt, zum Tagesordnungspunkt Jugendhilfeausschuss zwei weitere beratende Mitglieder aus dem Bereich Erfahrung im Bereich der Jugendhilfe zu berufen.“

Frau Gastmann machte deutlich, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag in der ursprünglich vorgelegten Form nicht zustimmen könne und begründete anschließend die Notwendigkeit weiterer beratender Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss.

Herr Janssen stimmte dem zu und *schlug ergänzend dazu vor, den beratenden Mitgliedern nahe zu legen, dafür auf ihre Sitzungsgelder zu verzichten*.

Frau Gastmann hielt dem entgegen, dass die Sitzungsgelder der beratenden Mitglieder ohnehin gering seien und ihnen dieser Betrag zugestanden werden sollte, um nicht zuletzt auch deren engagierte Arbeit zu honorieren. Daher bitte sie Herrn Janssen, auf diesen Antrag zu verzichten.

Herr Janssen stimmte dem zu und zog seinen Änderungsantrag zurück.

Herr Dr. von Teichman verdeutlichte, dass als beratende Mitglieder bereits per Gesetz eine ausreichende Zahl an erfahrenen Personen vorgesehen sei und daher mit dem Verzicht auf die freiwilligen zwei weiteren beratenden Mitglieder nicht vollständig auf Expertenmeinungen verzichtet werden müsse. Im Zuge der Verschlankung der Ratsarbeit schlage er daher vor, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Frau Gastmann wendete ein, dass der Ausschuss in der Vergangenheit immer ausgesprochen zielgerichtet gearbeitet habe und sie daher auch diese zwei „weiteren“ beratenden Mitglieder als unverzichtbar empfinde. Abschließend zählte sie diverse Beispiele der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den beratenden Mitgliedern nicht nur im Bereich der Jugendhilfe auf. Sie appellierte erneut, den Ausschuss in seiner bisherigen Form zu belassen.

Herr Prof. Reuter stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman zu. In seinen Augen sei es ausreichend, künftig statt der ständigen beratenden Mitglieder nur noch in konkreten Einzelfällen gezielt auf zusätzliche Auskünfte zurückzugreifen. Im übrigen genüge der Ausschuss auch ohne diese zwei „weiteren“ beratenden Mitglieder den gesetzlichen Vorgaben.

Herr Adam verdeutlichte, dass die Streichung der „zwei weiteren in der Jugendhilfe erfahrenen Personen“ als beratende Mitglieder des Ausschusses einerseits kaum wirkliches Einsparpotential berge, andererseits jedoch unter Umständen große Auswirkungen auf die Jugendarbeit haben könne. Dieser Schritt müsse daher gründlich überdacht werden.

Herr Barkowsky gab zu bedenken, dass die in diesem Bereich angefallenen Nachbewilligungen von Seiten des Rates bemängelt worden seien und als Folge dessen beschlossen worden sei, die Präventivarbeit zu verstärken. Dies sei jedoch mit der hier geforderten Verkleinerung des Ausschusses nicht möglich. Überdies würden damit auch keine wirklichen Einsparungen zu erzielen sein.

Herr Dr. von Teichman verwies auf die Vorlage und bat zu beachten, dass die Personen, die gerade im Jugendhilfeausschuss gestrichen werden sollen, bereits durch andere Institutionen vorgeschlagen seien und durch entsprechende Wahl dem Ausschuss ohnehin angehören können. Daher appelliere er, diese von den Institutionen vorgeschlagenen Mitglieder in den Ausschuss zu wählen, um nicht auf deren Rat verzichten zu müssen.

Über die einzelnen Unterpunkte des Beschlussvorschlages wurde getrennt abgestimmt:

a) Streichung § 3 Abs. 4 Ziff. 2e
= **mehrheitlich abgelehnt**
(22 Ja-Stimmen – CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;
22 Nein-Stimmen – SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Menzel, BASU-Fraktion, 1 LAW, NPD;
1 Enthaltung – 1 LAW)

b) Streichung der Worte: „mindestens jedoch sechsmal im Jahr“ in § 5 Abs. 2
= **mehrheitlich angenommen**
(24 Ja-Stimmen - CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, BASU-Fraktion;
20 Nein-Stimmen - SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Menzel, LAW-Fraktion;
1 Enthaltung – NPD)

Vor Abstimmung über Punkt c) erläuterte Herr Stoffers kurz den rechtlichen Hintergrund zu diesem Teil der Beschlussvorlage: Hier solle die in der Satzung des Jugendamtes noch vorgesehene Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses über

Widersprüche in Angelegenheiten der Jugendhilfe gestrichen werden. Das Widerspruchsverfahren als gesetzliches Verfahren vor eventuellen Klagebegehren sei jedoch unter anderem auch in Angelegenheiten der Jugendhilfe durch Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung abgeschafft worden. Eine Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses entfalle daher ebenfalls und die entsprechende Passage sei aus der Satzung zu streichen.

c) Streichung § 6 Abs. 1 Buchstabe b
= einstimmig angenommen

16 Bildung der Ausschüsse des Rates und der Gemeinde gem. §§ 51 und 53 NGO

Herr Schmidt schlug vor, den erforderlichen Beschluss über die Sitzverteilung und die namentliche Benennung der Mitglieder nach der Bildung sämtlicher Ausschüsse zu fassen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Anschließen benannten die Fraktionen die Mitglieder der Ausschüsse entsprechend der vorgegebenen Sitzverteilung. Gleichzeitig wurden die beratenden Mitglieder der betreffenden Ausschüsse benannt.

AUSSCHUSS FÜR FINANZEN, WIRTSCHAFT, MARITIME FRAGEN, STADTMARKETING UND TOURISMUS

Herr Schmidt erklärte, der Ausschuss bestehe aus 15 Ratsmitgliedern; die Verteilung der Sitze erfolge nach dem Prinzip Hare-Niemeyer. Über die Zuordnung des 15. Ausschuss-Sitzes entscheide wegen gleicher Höchstzahlen zwischen der BASU-Fraktion und der LAW-Fraktion das Los. Die jeweils andere Fraktion habe Anspruch auf ein Grundmandat. Weiterhin müssen zu den Ausschuss-Mitgliedern die Beigeordneten gehören.

Das Los wurde gem. § 51 Abs. 2 Satz 4 NGO durch Herrn Oberbürgermeister Menzel gezogen. Der 15. Ausschuss-Sitz entfiel danach auf die LAW-Fraktion.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

SPD-Fraktion	**Vertreter**
Beigeordneter Adam, Wilfrid	Ratsherr Gabriels, Hans
Ratsfrau Aljets, Ursula	Ratsherr Hartmann
Ratsherr Barkowsky, Holger	
Ratsfrau Gastmann, Sabine	
Beigeordneter Neumann, Siegfried	
Beigeordneter Schmidt, Norbert	

CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Glaser, Ursula	Ratsfrau Mohr, Astrid
Ratsherr Rech, Bernhard	Ratsherr Harms, Martin
1. Bürgermeister Langen, Fritz	Ratsherr Hellwig, Stephan
Beigeordneter Prof. Reuter, Günter	
Beigeordneter Weerda, Heinz	

FDP-Fraktion	**Vertreter**
Beigeordneter Dr. von Teichmann, Michael	Ratsherr Sager, Hartmuth
Ratsfrau Bauermeister, Susanne	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**Vertreter**
2. Bürgermeister Biehl, Werner	Ratsfrau Lach, Erika

LAW-Fraktion	**Grundmandat BASU-Fraktion**
Ratsherr Janssen, Johann	Ratsherr Tjaden, Joachim

AUSSCHUSS FÜR PERSONAL- UND GLEICHSTELLUNGSFRAGEN

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern:

SPD-Fraktion
Ratsherr Föhlinger, Karlheinz
Ratsherr Lorentz, Kurt
Ratsfrau Stoermer, Margit
Ratsherr Stolle, Hermann

CDU-Fraktion
Ratsherr Desenz, August
Ratsherr Felbier, Jörn
Ratsherr Panzer, Philipp

FDP-Fraktion
Ratsfrau Bauermeister, Susanne

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau Mohr, Astrid

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Ender, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion
Ratsherr Tholen, Gerold

AUSSCHUSS FÜR PLANEN UND BAUEN

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern:

SPD-Fraktion
Beigeordneter Schmidt, Norbert
Ratsherr Barkowsky, Holger
Ratsherr Gabriels, Hans
Ratsherr Kempcke, Hans-Jürgen

CDU-Fraktion
Ratsherr Harms, Martin
Ratsherr Hellwig, Stephan
Ratsherr Rech, Bernhard

FDP-Fraktion
Ratsherr Radmer, Horst

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau Lach, Erika

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Tjaden, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion
Ratsherr Janssen, Johann

AUSSCHUSS FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern.

Herr Schmidt informierte, dass bislang dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit zusätzlich weitere Personen als beratende Mitglieder im Sinne des § 51 Abs. 7 NGO angehörten, die gleichzeitig den Widerspruchsausschuss der Verwaltung gem. § 116 SGB XII bildeten. Auf Vorschlag der Verwaltung solle der Widerspruchsausschuss als Ausschuss der Verwaltung in dieser Wahlperiode separat gebildet und somit auf beratende Mitglieder im Ausschuss für Soziales und Gesundheit verzichtet werden.

Frau Aljets wendete ein, bislang sei es hilfreich für die Ausschussmitglieder gewesen, über die vorliegenden Widersprüche informiert zu werden. Um auf den Sachverstand der betreffenden beratenden Mitglieder nicht verzichten zu müssen, **beantrage die SPD-Fraktion**, **für die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Wilhelmshaven 2 Personen, für den Sozialverband Deutschlands e. V (Reichbund) 1 Person und für die Seniorenvertretung ebenfalls 1 Person als beratendes Ausschussmitglied zu benennen.**

Herr Ender stimmte dem Anliegen der SPD-Fraktion zu.

Herr Prof. Reuter erinnerte an ein im Vorfeld mit den Vertretern der betroffenen Verbände geführtes Gespräch, worin man sich auf die Reduzierung der beratenden Mitglieder dieses Ausschusses von sieben auf vier verständigt habe. Dies sei er auch bereit, mit zu tragen. Eine vollständige Streichung der beratenden Mitglieder könne er jedoch nicht befürworten.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde daraufhin einstimmig angenommen und der Ausschuss wie folgt besetzt:

SPD-Fraktion
Ratsfrau Aljets, Ursula
Ratsfrau Gastmann, Sabine
Ratsherr Reese, Uwe
Ratsfrau Thwin, Angelika

CDU-Fraktion
Frau Biester
Herr Hellwig
Herr Möhle

FDP-Fraktion
Ratsherr Dr. Schadewaldt, Michael

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau Mohr, Astrid

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Ender, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion
Ratsherr Tholen, Gerold

Beratende Mitglieder:

- Für die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Wilhelmshaven:
Frau Petra Meyer-Machtemes
Herr Joachim Stasch
(als Vertreterin für beide Vorgenannten: Frau Margret Wahrheit)

- Für den Sozialverband Deutschlands e. V (Reichbund)
Herr Hans-Peter de Vries

- Für die Seniorenvertretung
Herr Eckhardt Drost

AUSSCHUSS FÜR UMWELT. LANDWIRTSCHAFT UND BRANDSCHUTZ

Herr Schmidt erläuterte, der Ausschuss sei mit 9 Ratsmitgliedern sowie gemäß § 19 des Gebietsänderungsvertrages Wilhelmshaven/Sengwarden einem ständigen Vertreter für landwirtschaftliche Belange besetzt, der vom Landvolkverein benannt werde.

In Beantwortung einer Nachfrage seitens Herrn Dr. von Teichman erklärte Herr Dr. Graul, dass der ebenfalls dem Ausschuss angehörende Naturschutzbeauftragte nicht als beratendes Mitglied gelte, sondern als Gast an den Ausschuss-Sitzungen teilnehme. Die Vertreter des Landvolkvereins hingegen ergäben sich aus der Besetzung des ursprünglichen Landwirtschaftsausschusses und seien bei der ersten Zusammenlegung der Themen als beratende Mitglieder in den neuen Ausschuss übernommen worden.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

SPD-Fraktion
Ratsherr Föhlinger, Karlheinz
Ratsherr Reese, Uwe
Ratsherr Stolle, Hermann
Ratsfrau Thwin, Angelika

CDU-Fraktion
Ratsherr Harms, Martin
Ratsherr Hellwig, Stephan
Ratsherr Panzer, Philipp

FDP-Fraktion
Beigeordneter Dr. von Teichman, Michael

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
2. Bürgermeister Biehl, Werner

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Tjaden, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion
Ratsherr Janssen, Johann

Vertreter Landvolkverein
Herr Gerd Martens

Stellvertreter
Herr Hartmut Brören

sowie als Gast
Naturschutzbeauftragter
Mitglied im zuständigen Ausschuss für Umweltfragen des LK Friesland

KULTURAUSSCHUSS

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern:

SPD-Fraktion
Ratsfrau Stoermer, Margit
Ratsfrau Aljets, Ursula
Ratsherr Hartmann, Hans
Ratsfrau Will, Christine

CDU-Fraktion
Ratsfrau Biester, Ursula
Ratsfrau Glaser, Ursula
Ratsherr Desenz, August

FDP-Fraktion
Beigeordneter Dr. von Teichman, Michael

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
2. Bürgermeister Biehl, Werner

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Ender, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion
Ratsherr Janssen, Johann

SPORTAUSSCHUSS

Der Ausschuss besteht aus 9 Ratsmitgliedern sowie einem beratenden Mitglied des Stadtsportbundes:

SPD-Fraktion
Ratsherr Barkowsky, Holger
Ratsherr Kempcke, Hans-Jürgen
Ratsherr Reese, Uwe
Ratsherr Stolle, Hermann

CDU-Fraktion
Ratsfrau Hirsch,Marita
Ratsherr Möhle, Helmut
Ratsherr Panzer, Philipp

FDP-Fraktion
Ratsherr Sager, Hartmuth

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau Lach, Erika

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Tjaden, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion
Ratsherr Janssen, Joahnn

Beratendes Mitglied Stadtsportbund:
Herr Horst Heitmann

SCHULAUSSCHUSS

Herr Schmidt informierte über die Zusammensetzung: Dem Schulausschuss gehören neben 9 Ratsmitgliedern gem. § 110 NSchG 7 stimmberechtigte Vertreter/innen der Schulen und anderer Organisationen an. Daneben hab der Rat in seiner Sitzung am 20.06.2001 beschlossen, ab 2001 einen weiteren stimmberechtigten Elternvertreter in den Schulausschuss zu berufen.

Der Ausschuss wurde wie folgt besetzt:

SPD-Fraktion
Ratsfrau Will, Christine
Ratsfrau Stoermer, Margit
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara
Ratsfrau Thwin, Angelika

Vertreter
Ratsherr Lorentz, Kurt
Ratsherr Stolle, Hermann
Ratsherr Kempcke, Hans-Jürgen
Beigeordneter Schmidt, Norbert

CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Hirsch, Marita	Ratsherr Hellwig, Stephan
Ratsfrau Klee, Brigitte	Ratsherr Panzer, Philipp
Ratsherr Möhle, Helmut	Ratsherr Felbier, Jörn
FDP-Fraktion	**Vertreter**
Beigeordneter Dr. von Teichman, Michael	Ratsherr Radmer, Horst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**Vertreter**
Ratsfrau Mohr, Astrid	2. Bürgermeister Biehl, Werner
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Tjaden, Joachim	Ratsherr Ender, Joachim
Grundmandat LAW-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Tholen, Gerold	Ratsherr Janssen, Johann

Lehrervertreter
a) allgemeinbildende Schulen
Herr Martin Toepel (Vertreter: Herr Michael Kunze)

b) berufsbildende Schulen
Herr Volkmar von Nordeck (Vertreter: Herr Günter Wagner)

Arbeitnehmervertreter (Vorschlag des DGB)
Herr Dieter Meisel (Vertreter: Herr Ludwig Jürgens)

Arbeitgebervertreter (Vorschlag des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes)
Herr Eckhard Stein (Vertreter: Herr Arne Winkelmann)

Die Eltern- sowie die Schülervertreter werden zu einem späteren Zeitpunkt nach den entsprechenden Wahlen nachgemeldet.

JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Der Rat fasste **einstimmig** den Beschluss, die **Zahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Dauer der Wahlperiode auf 10 festzulegen**.

Der Ausschuss wurde daraufhin in folgender Weise besetzt:

SPD-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Gastmann, Sabine	Ratsfrau Will, Christine
Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara	Ratsherr Lorentz, Kurt
CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Klee, Brigitte	Ratsherr Hellwig, Stephan
Ratsherr Panzer, Philipp	Ratsfrau Hirsch, Marita
FDP-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Sager, Hartmuth	Ratsherr Dr. Schadewaldt, Michael
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**Vertreter**
Ratsfrau Mohr, Astrid	Ratsfrau Lach, Erika
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Tjaden, Joachim	Ratsherr Ender, Joachim
Grundmandat LAW-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Tholen, Gerold	Ratsherr Janssen, Johann

Die schriftliche Wahl der **Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe** ergab nach Auszählung der Stimmen im ersten Wahlgang folgendes Ergebnis:
1. Herr Peter Siefken (Vertreterin: Frau Elke Wohler)
2. Herr Joachim Stasch (Vertreterin: Frau Margrit Wahrheit)

In einem zweiten Wahlgang wurden weiterhin gewählt:
3. Frau Rina Steinbeck
4. Herr Andreas Kout

Beratende Mitglieder kraft Amtes
Herr Carsten Feist (Leiter Jugendamt)
Herr Waldemar Strauch (Stadtjugendpfleger)
Frau Ellen Wolbergs (Frauenbeauftragte)

Beratende Mitglieder, die zu bestellen sind:

a) ein Vertreter der ev. luth. Kirche:

Frau Gastmann wie auch Herr Prof. Reuter schlugen **Frau Brigitte Mittelstädt** (Vertreterin: Frau Petra Meyer-Machtemes) vor.
Der Vorschlag wurde **einstimmig** angenommen.

b) ein Vertreter der röm. kath. Kirche

Frau Gastmann schlug **Herrn Andreas Bolten** (Vertreter: Herr Benjamin Werle) vor; die CDU-Fraktion schloss sich diesem Vorschlag an.
Herr Bolten wurde **einstimmig** als Vertreter der röm. kath. Kirche in den Jugendhilfeausschuss bestellt.

c) eine Lehrkraft

Da hier nur ein Vorschlag eingereicht worden ist, wurde **Frau Kirsten Trenne** (Vertreterin: Frau Julia Lüpkes) direkt **einstimmig** als Lehrkraft in den Jugendhilfeausschuss bestellt.

d) ein/e ElternvertreterIn oder ErzieherIn aus einer Kindertagesstätte

Der Vorschlag von Frau Gastmann, hier **Frau Brigitte Pecht** (Vertreterin: Frau Daniela Drigalsky) zu bestimmen, wurde **einstimmig** angenommen.

e) Ein/e VertreterIn der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher, die vom Ausländerbeirat vorgeschlagen werden

Ein Vorschlag des Ausländerbeirates lag nicht vor, so dass dieser Sitz zunächst unbesetzt bleibt.

f) zwei weitere, in der Jugendhilfe erfahrene Personen

Frau Gastmann schlug **Herrn Martin Toepel** sowie **Frau Elke Wohler** vor. Herr Prof. Reuter schlug **Herrn Rüdiger Schaarschmidt** vor.

Für diese beiden Sitze ergaben sich nach Abstimmung Mehrheiten für **Herrn Martin Toepel** sowie **Herrn Rüdiger Schaarschmidt**.

WERKSAUSSCHUSS KRANKENHAUS

Der Ausschuss besteht aus 6 Ratsmitgliedern sowie 3 stimmberechtigten Bedienstetenvertretern:

SPD-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Aljets, Ursula	Ratsfrau Gastmann, Sabine
Ratsfrau Will, Christine	Ratsherr Hartmann, Hans
CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Glaser, Ursula	Ratsfrau Biester, Ursula
1. Bürgermeister Langen, Fritz	Ratsherr Desenz, August
FDP-Fraktion	**Vertreter**
Ratsfrau Bauermeister, Susanne	Ratsherr Radmer, Horst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**Vertreter**
Ratsfrau Mohr, Astrid	2. Bürgermeister Biehl, Werner
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Ender, Joachim	Ratsherr Tjaden, Joachim
Grundmandat LAW-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Janssen, Johann	Ratsherr Tholen, Gerold

Hinsichtlich der **Bedienstetenvertreter** wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (einstimmig):

> Der Rat bestätigt die nachfolgend aufgeführten Personen als Vertreter der Beschäftigten im Werksausschuss Krankenhaus:
>
> **Herr Dr. Johannes Veltin**
> **Herr Ingo Rau**.

Ein Vertreter wurde nicht gewählt, ein externer Vertreter wurde nicht vorgeschlagen.

WERKSAUSSCHUSS ENTSORGUNGSBETRIEBE

Der Ausschuss besteht aus 6 Ratsmitgliedern sowie 3 stimmberechtigten Bedienstetenvertretern:

SPD-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Gabriels, Hans	Ratsherr Kempcke, Hans-Jürgen
Ratsherr Barkowsky, Holger	Ratsherr Lorentz, Kurt
CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Harms, Martin	Ratsherr Hellwig, Stephan
Beigeordneter Weerda, Heinz	Ratsfrau Glaser, Ursula
FDP-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Radmer, Horst	Ratsherr Dr. Schadewaldt, Michael
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**Vertreter**
2. Bürgermeister Biehl, Werner	Ratsfrau Lach, Erika
Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Ender, Joachim	Ratsherr Tjaden, Joachim
Grundmandat LAW-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Tholen, Gerold	Ratsherr Janssen, Johann

Hinsichtlich der **Bedienstetenvertreter** wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (einstimmig):

Der Rat bestätigt die nachfolgend aufgeführten Personen als Vertreter der Beschäftigten im Werksausschuss Entsorgungsbetriebe:

a) Vertreter der Bediensteten	Ersatzvertreter
Herr Detlef Schue	Herr Reinhard Dobronski
Herr Roland Müller	Herr Dieter Schmidt

b) sonstiger Vertreter	Ersatzvertreter
Herr Aloys Kiepe	Herr Eberhard Köster.

WERKSAUSSCHUSS STRAßE UND GRÜN

Der Ausschuss besteht aus 6 Ratsmitgliedern sowie 3 stimmberechtigten Bedienstetenvertretern:

SPD-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Kempcke, Hans-Jürgen	Ratsherr Gabriels, Hans
Beigeordneter Schmidt, Norbert	Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara

CDU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Desenz, August	Ratsherr Rech, Bernhard
Ratsherr Harms, Martin	Beigeordneter Weerda, Heinz

FDP-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Dr. Schadewaldt, Michael	Ratsherr Radmer, Horst

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	**Vertreter**
Ratsfrau Lach, Erika	Ratsfrau Mohr, Astrid

Grundmandat BASU-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Ender, Joachim	Ratsherr Tjaden, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion	**Vertreter**
Ratsherr Janssen, Johann	Ratsherr Tholen, Gerold

beratendes Mitglied:	Ratsherr Müller, Peter

Hinsichtlich der **Bedienstetenvertreter** wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (einstimmig):

Der Rat bestätigt die nachfolgend aufgeführten Personen als Vertreter der Beschäftigten im Werksausschuss Straße und Grün:

a) Vertreter der Bediensteten	Ersatzvertreter
Herr Rüdiger Rieck	Herr Detlef Hinrichs
Herr Holger Münstermann	Herr Wilfried Rohr

b) sonstiger Vertreter	Ersatzvertreter
Herr Dieter Kanth	Herr Michael Ramke.

ÄLTESTENAUSSCHUSS

Herr Schmidt erklärte, der Ausschuss bestehe aus 9 Ratsmitgliedern, wobei der Ratsvorsitzende sowie die Fraktionsvorsitzenden dem Ältestenausschuss kraft Amtes angehören. Die restlichen 2 Sitze entfallen auf die SPD- sowie die CDU-Fraktion:

SPD-Fraktion
Ratsvorsitzender Schmidt, Norbert
Fraktionsvorsitzender Neumann, Siegfried
Beigeordneter Adam, Wilfrid

CDU-Fraktion
Fraktionsvorsitzender Prof. Reuter, Günter
Ratsherr Rech, Bernhard

FDP-Fraktion
Fraktionsvorsitzender
Dr. von Teichman, Michael

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktionsvorsitzende Lach, Erika

BASU-Fraktion
Fraktionsvorsitzender Tjaden, Joachim

LAW-Fraktion
Fraktionsvorsitzender Janssen, Johann

Oberbürgermeister Menzel gehört dem Ausschuss als **beratendes Mitglied** an.

Beratende Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes der NPD

Herr Schmidt gab bekannt, dass gemäß § 51 Abs. 4 Satz 3 NGO das Ratsmitglied der NPD Anspruch auf Mitgliedschaft mit beratender Stimme in einem Ausschuss seiner Wahl habe. Dies dürfe jedoch nicht der Verwaltungsausschuss sein.

Herr Müller benannte den **Werksausschuss Straße und Grün** als Ausschuss seiner Wahl.

Über die Bildung der Ausschüsse wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss (einstimmig):

> Der Bildung der Ausschüsse in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

17 Verteilung der Ausschussvorsitze und Bestimmung der Vorsitzenden gem. § 51 Abs. 8 NGO

Die Ausschussvorsitze wurden den Fraktionen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren zugeteilt. Es wurden von den Fraktionen die Ausschüsse benannt, deren Vorsitz sie beanspruchen, sowie deren Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende:

1. SPD-Fraktion: Werksausschuss Entsorgungsbetriebe
Vorsitzender: Ratsherr Gabriels, Hans
Vertreter: Ratsherr Barkowsky, Holger

2. CDU-Fraktion: Ausschuss für Planen und Bauen
Vorsitzender: Ratsherr Rech, Bernhard
Vertreter: Ratsherr Harms, Martin

3. SPD-Fraktion: Sportausschuss
Vorsitzender: Ratsherr Barkowsky, Holger
Vertreter: Ratsherr Kempcke, Hans-Jürgen

4. CDU-Fraktion: Schulausschuss
Vorsitzender: Ratsherr Möhle, Helmut
Vertreter: Ratsfrau Hirsch, Marita

5. SPD-Fraktion: Werksausschuss Krankenhaus
Vorsitzender: Ratsfrau Aljets, Ursula
Vertreter: Ratsfrau Will, Christine

6. FDP-Fraktion: Werksausschuss Straße und Grün
Vorsitzender: Ratsherr Dr. Schadewaldt, Michael
Vertreter: Ratsherr Radmer, Horst

7. CDU-Fraktion: Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus
Vorsitzender: Ratsfrau Glaser
Vertreter: Ratsherr Rech, Bernhard

8. SPD-Fraktion: Jugendhilfeausschuss
Vorsitzender: Ratsfrau Gastmann, Sabine
Vertreter: Ratsfrau Ober-Bloibaum, Barbara

9. CDU-Fraktion: Ausschuss für Personal- und Gleichstellungsfragen
Vorsitzender: Ratsherr Felbier, Jörn
Vertreter: Ratsherr Panzer, Philipp

10. SPD-Fraktion: Ausschuss für Soziales und Gesundheit
Vorsitzender: Ratsfrau Aljets, Ursula
Vertreter: Ratsherr Reese, Uwe

11. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
Vorsitzender: 2. Bürgermeister Biehl, Werner
Vertreter: Ratsherr Harms, Martin

12. SPD-Fraktion: Kulturausschuss
Vorsitzender: Ratsfrau Stoermer, Margit
Vertreter: Ratsherr Hartmann, Hans

18 Organisationsstruktur Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten
a) Vereinssatzung Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten e.V.
b) ergänzende Vereinbarung zum Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit in der Regionalen Arbeitgemeinschaft Bremen/Niederaschen (RAG)

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 30.10.2006 vor.

Herr Janssen **beantragte für die LAW-Fraktion, den Beschluss zu vertagen.** Als Begründung führte er an, dass die neuen Ratsmitglieder zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend informiert seien. Darüber hinaus sollten in der Metropolversammlung nicht nur die gemäß Satzungsentwurf vorgesehenen Vertreter der Wirtschaft vertreten sein, sondern auch Arbeitnehmervertreter.

Herr Adam appellierte, dem Antrag der LAW-Fraktion nicht zu folgen. Dieses Projekt sei von überregionaler Bedeutung und wirke sich nicht zuletzt auch positiv für die Stadt und deren Zusammenarbeit mit den Landesregierungen Bremens und Niedersachsens aus.

Oberbürgermeister Menzel gab zu bedenken, dass Wilhelmshaven als Mitglied in dieser Bündelung der Regionen damit nicht zuletzt auch in Europa vermehrtes Gewicht erhalte. Eine Vertagung hätte dagegen zur Folge, dass Wilhelmshaven nicht als Mitglied an der Gründungsversammlung am 22. November teilnehmen könne.

Herr Janssen wendete ein, dass er auch einen späteren Beitritt durchaus für möglich halte. Seines Erachtens sei hier das Informationsdefizit der neuen Ratsmitglieder zu hoch, um aktuell über diesen Schritt zu entscheiden.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass dies in der Natur der Sache liege, ein etwaiges Informationsdefizit jedoch einen Aufschub in einer Angelegenheit von derartiger Bedeutung nicht rechtfertige. Der Beitritt zur Metropolregion sei ein wichtiger Schritt hin zur Globalisierung und weg von kleinräumigem Denken. Damit verbinde er jedoch gleichzeitig den Wunsch nach regelmäßiger Berichterstattung über die Arbeit dieses Gremium.

Der Antrag der LAW wurde daraufhin mehrheitlich bei 1 Ja-Stimme (Herr Janssen, LAW) abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Organisationsstruktur der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten zu.
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem vorliegenden Entwurf der „Vereinssatzung Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten e.V.“ zu.
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der ergänzenden Vereinbarung zu dem Verwaltungsabkommen vom 8. Juni 2001, mit dem die Stadt Wilhelmshaven als RAG-Mitglied geborenes Mitglied in dem Verein der Metropolregion wird, zu.

19 Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien

Herr Schmidt schlug vor, den erforderlichen Feststellungsbeschluss nach der namentlichen Bennennung der Vertreterinnen und Vertreter zu treffen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Abfallwirtschaftsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH

Für die **Gesellschafterversammlung** wurde Herr Stadtrat Dr. Graul einstimmig gewählt.

Für den **Aufsichtsra**t wurden neben Herrn Stadtrat Dr. Graul für die SPD-Fraktion Ratsherr Gabriels und für die CDU-Fraktion Ratsherr Harms benannt.

ARGE

Für den **Verwaltungsrat** wurden für die SPD-Fraktion Ratsfrau Aljets und für die CDU-Fraktion Ratsherr Felbier benannt.
Als **Ersatzmitglied** wurde einstimmig Ratsfrau Gastmann vom Rat bestellt.

Ausländerbeirat

Dem Beirat gehören unter anderem 7 Ratsmitglieder an. Die Sitze wurden wie folgt verteilt:

SPD-Fraktion
Ratsherr Reese, Uwe
Ratsherr Lorentz, Kurt
Ratsfrau Thwin, Angelika

CDU-Fraktion
Ratsfrau Hirsch, Marita
Ratsherr Rech, Bernhard

FDP-Fraktion
Beigeordneter Dr. von Teichman, Michael

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau Lach, Erika

Grundmandat BASU-Fraktion
Ratsherr Tjaden, Joachim

Grundmandat LAW-Fraktion
Ratsherr Janssen, Johann

Bezirksverband Oldenburg

Für die **Verbandsversammlung** wurde neben Herrn Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied Ratsfrau Biester einstimmig vom Rat bestellt.
Ersatzpersonen wurden zunächst nicht bestellt.

Entwicklungsgesellschaft Wilhelmshaven Südstadt mbH

Für den **Aufsichtsrat** wurden neben Herrn Oberbürgermeister Menzel und Herrn Stadtkämmerer Hoff als geborene Mitglieder Herr Beigeordneter Schmidt für die SPD-Fraktion, Ratsherr Rech für die CDU-Fraktion sowie Ratsfrau Bauermeister für die FDP-Fraktion benannt.

Flugplatzgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH

Für den **Aufsichtsrat** wurden neben Herrn Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied für die SPD-Fraktion Ratsherr Föhlinger (Vertreter: Ratsherr Hartmann), für die CDU-Fraktion Herr 1. Bürgermeister Langen (Vertreter: Beigeordneter Weerda) und für die FDP-Fraktion Ratsherr Dr. Schadewaldt (Vertreter Beigeordneter Dr. von Teichman) benannt.

Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsvermittlung und Qualifizierung e. V.

In die **Mitgliederversammlung** wurde Ratsfrau Aljets als Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesundheit einstimmig gewählt.

In den **Vorstand** wurde Herr Erster Stadtrat Stoffers als zuständiger Dezernent einstimmig gewählt.

GEW Wilhelmshaven GmbH

In den **Aufsichtsrat** wurden neben Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied folgende weitere Mitglieder, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, entsandt:

SPD-Fraktion
Beigeordneter Neumann, Siegfried
Beigeordneter Schmidt, Norbert

CDU-Fraktion
Herr Dr. Biester, Uwe
Beigeordneter Prof. Reuter, Günter

FDP-Fraktion
Beigeordneter Dr. von Teichman, Michael

Hans-Beutz-Stiftung

Herr Stadtrat Dr. Graul wurde einstimmig in den **Stiftungsrat** gewählt.

Industriewasserversorgungsgesellschaft Nordwest Niedersach-sen mbH

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde Herr Beigeordneter Adam einstimmig in die **Gesellschafterversammlung** gewählt.

Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft

In die **Gesellschafterversammlung** wurde Herr Stadtbaurat Kottek als zuständiger Dezernent einstimmig gewählt.

Landesbühne Niedersachsen Nord (Zweckverband)

Für den **Verbandsausschuss** wurden für die SPD-Fraktion Ratsfrau Stoermer und für die CDU-Fraktion Ratsfrau Biester benannt.
Stellvertreter wurden noch nicht benannt.

Marschenrat zur Förderung der Forschung im Küstengebiet

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde als **Bevollmächtigter** in den Marschenrat einstimmig Herr Walter Schulz gewählt.
Die **Stellvertretung** nimmt Frau Eva-Maria Haschke wahr; sie wurde auf Vorschlag der CDU-Fraktion ebenfalls einstimmig gewählt.

Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten

Herr Schmidt informierte, in die **Metropolversammlung** zwei Mitglieder zu entsenden sind, von denen eines gemäß den Vorschriften des § 111 NGO der Oberbürgermeister sein muss.

Aufgrund dieser Regelung wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (einstimmig)

> Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet **Herrn Oberbürgermeister Menzel** wird in die Metropolversammlung der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten.

Herr Schmidt führte weiter aus, dass für das zweite zu entsendende Mitglied eine Wahl erforderlich sei.

Herr Neumann schlug für die SPD-Fraktion Herrn Beigeordneten Adam vor;
Herr Prof. Reuter schlug für die CDU-Fraktion Ratsfrau Hirsch vor.

Da zwei Wahlvorschläge vorlagen, wurde eine schriftliche Wahl erforderlich. Geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Nach Auszählung der Stimmen des ersten Wahlganges durch die bereits festgelegten Schriftführer entfielen auf

Herrn Beigeordneten Adam	18 Stimmen und auf
Frau Ratsfrau Hirsch	22 Stimmen;
Enthaltungen	4.

Da hier keiner der beiden Kandidaten die notwendige Mehrheit von 23 Ja-Stimmen erreicht hat, wurde ein zweiter Wahlgang erforderlich.

Die Auszählung der Stimmen des zweiten Wahlganges ergab für

Herr Beigeordneten Adam	16 Stimmen und für
Frau Ratsfrau Hirsch	25 Stimmen und
Enthaltungen	3.

Als zweites Mitglied wurde damit Frau Ratsfrau Hirsch in die Metropolversammlung gewählt.

Naturschutzstiftung Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven

Als Mitglied des **Vorstandes** wurde seitens der SPD-Fraktion Herr Beigeordneter Neumann und seitens der CDU-Fraktion Ratsfrau Lach vorgeschlagen.

Da zwei Wahlvorschläge vorlagen, wurde eine schriftliche Wahl erforderlich. Geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Die Auszählung der Stimmen durch die Schriftführer ergab für

Ratsfrau Lach	26 Stimmen, für
Beigeordneten Neumann	17 Stimmen und
Enthaltungen	1.

Frau Ratsfrau Lach erhielt die erforderlich Mehrheit von 26 Stimmen im ersten Wahlgang und wurde somit als Mitglied in den Vorstand gewählt.

Nordwestdeutsche Universitätsgesellschaft

Für den **Gesamtvorstand** wurden folgende Personen, die nicht Ratsmitglieder sein müssen, benannt:

SPD-Fraktion
Ratsfrau Stoermer, Margit

CDU-Fraktion
Ratsherr Panzer, Philipp

FDP-Fraktion
Ratsfrau Bauermeister.

In die **Mitgliederversammlung** wurde Frau Ratsfrau Bauermeister auf Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig (bei 1 Enthaltung von Ratsherrn Tjaden, BASU) gewählt.

Oldenburgische Landschaft

Für die Landschaftsversammlung wurden für die SPD-Fraktion Ratsfrau Stoermer und für die CDU-Fraktion Ratsfrau Biester benannt.

Für den **Vorstand** wurde Ratsfrau Aljets einstimmig bestellt.

Oldenburgisch Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen

Für die **Verbandsversammlung** wurde neben Herrn Stadtrat Dr. Graul, der Herrn Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied in diesem Gremium vertritt, Herr Beigeordneter Weerda auf Vorschlag der CDU-Fraktion einstimmig bestellt.

Ostfriesland Tourismus GmbH

Herr Schmidt erklärte, dass in die Gesellschafterversammlung 3 Mitglieder zu entsenden seien und Herr Oberbürgermeister Menzel gem. § 111 NGO eines dieser Mitglieder sein müsse, sich jedoch durch einen Gemeindebediensteten vertreten lassen könne. Herr Oberbürgermeister Menzel habe für die Mitgliedschaft in diesem Gremium Herrn Stadtkämmerer Hoff vorgeschlagen.

Da sich gegen diesen Vorschlag kein Widerspruch erhob, wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss: (einstimmig):

> Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet **Herrn Stadtkämmerer Hoff** in die Gesellschafterversammlung der Ostfriesland Tourismus GmbH.

Für die beiden übrigen Sitze in der Gesellschafterversammlung wurden Ratsherr Föhlinger für die SPD-Fraktion und Ratsfrau Hirsch für die CDU-Fraktion benannt.

Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH

Für die **Gesellschafterversammlung** wurden neben Herrn Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied folgende weitere Mitglieder benannt:

SPD-Fraktion
Ratsfrau Aljets, Ursula
Ratsfrau Will, Christine

CDU-Fraktion
Ratsfrau Glaser, Ursula
1. Bürgermeister Langen, Fritz

FDP-Fraktion
Ratsfrau Bauermeister, Susanne

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH

Für den **Aufsichtsrat** wurden neben Herrn Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied folgende weitere Mitglieder benannt:

SPD-Fraktion
Beigeordneter Adam, Wilfrid
Ratsherr Barkowsky, Holger

CDU-Fraktion
1. Bürgermeister Langen, Fritz
Beigeordneter Weerda, Heinz

FDP-Fraktion
Ratsherr Sager, Hartmuth

Fraktion Bündnis 90/die Grünen
Ratsfrau Lach, Erika

Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH

Herr Schmidt erklärte, dass dem **Aufsichtsrat** der Stadtwerke neben Herrn Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied
die Fraktionsvorsitzenden der beiden größten Ratsfraktionen – also die Herren Neumann und Prof. Reuter -,
der Vorsitzende des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe – also Ratsherr Gabriels sowie,
allerdings ohne Stimmrecht, Herr Stadtkämmerer Hoff angehören.
Hinzu komme der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH.
Die **Gesellschafterversammlung** bestehe aus dem Verwaltungsausschuss einschließlich der Grundmandatare sowie den Beamten auf Zeit.

TCN Technologie Centrum Nordwest Marketing GmbH

In die **Gesellschafterversammlung** wurde einstimmig (bei 2 Enthaltungen der Herren Radmer, FDP, und Tholen, LAW) Herr Wolfgang Frank als Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH gewählt.

Verein der Kunstfreunde

Für den **Beirat** wurden für die SPD-Fraktion Ratsfrau Stoermer, für die CDU-Fraktion Frau Haschke und für die FDP-Fraktion Herr Beigeordneter Dr. von Teichman benannt.

Verein Nationalparkzentrum Wilhelmshaven "Das Wattenmeerhaus" e. V.

In die **Mitgliederversammlung** wurde einstimmig Herr 2. Bürgermeister Biehl als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz gewählt.

Verwaltungsrat der Sparkasse Wilhelmshaven

Herr Schmidt machte darauf aufmerksam, dass das Verfahren für die Entsendung der Mitglieder des Verwaltungsrates durch § 13 Absatz 5 des neu gefassten Nds. Sparkassengesetzes geregelt werde. Demnach seien 7 Personen zu entsenden, die besondere persönliche Anforderungen erfüllen müssen. Nicht mehr als die Hälfte dieser entsandten Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen dabei dem Rat angehören. Dies entspräche hier 3 Personen.

Bei der Besetzung des Vorsitzes des Verwaltungsrates gem. § 12 Abs. 1 NSPG mit dem Oberbürgermeister als „geborenem Vorsitzenden“ erhob sich seitens der CDU-Fraktion Widerspruch.

Herr Prof. Reuter **beantragte, den Vorsitzenden aus der Mitte des Rates zu wählen.**

Der Antrag wurde bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Herr Prof. Reuter schlug als Vorsitzenden Ratsherrn Felbier vor und beantragte gleichzeitig geheime Abstimmung.

Herr Neumann verlieh seinem Unverständnis gegenüber dieser Vorgehensweise Ausdruck und schlug Herrn Oberbürgermeister Menzel als Vorsitzenden vor.

In Beantwortung einer Nachfrage seitens Herrn Dr. von Teichman bestätigte Herr Stoffers die durch § 12 des Niedersächsischen Sparkassengesetztes vorgesehene Möglichkeit, den Oberbürgermeister als „aus der Mitte des Rates“ gewählten Vorsitzenden vorzusehen. Diese Vorschrift sehe vor, sofern nicht der Oberbürgermeister als „geborener Vorsitzender“ dem Verwaltungsrat vorstehe, den Vorsitzenden aus der Mitte des Rates wählen zu lassen. Da der Oberbürgermeister auch Mitglied des Rates sei, sei es rechtlich korrekt, auch den Oberbürgermeister für die Wahl des Verwaltungsratsvorsitzenden aufstellen zu lassen.

Herr Dr. von Teichman hielt dem die Vorschrift des § 12 Abs. 4 NSpG entgegen, die besage, dass, sofern ein Mitglied des Rates Vorsitzender des Verwaltungsrates sei, der Hauptverwaltungsbeamte, also der Oberbürgermeister, beratend an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehmen könne. Dies lege für ihn den Schluss nahe, dass ein aus der Mitte des Rates gewählter Hauptverwaltungsbeamter als Vorsitzender eines Verwaltungsrates gar nicht vorgesehen sei.

Herr Stoffers erklärte, dieser Absatz beziehe sich lediglich auf den Fall, dass ein anderes Mitglied des Rates zum Vorsitzenden gewählt worden ist. Dies beschränke jedoch nicht das Recht des Oberbürgermeisters, sich als Mitglied des Rates zur Wahl zum Vorsitzenden aufstellen zu lassen.

Als **Schriftführerinnen** wurden Frau Gastmann und Frau Biester bestimmt.

Nach durchgeführter geheimer Wahl brachte die Stimmauszählung durch die Schriftführerinnen folgendes Ergebnis:

Ratsherr Felbier	22 Stimmen
Oberbürgermeister Menzel	18 Stimmen
Ungültige Stimmen	4.

Da keiner der beiden Kandidaten die erforderliche Mehrheit von 23 Stimmen erreicht hatte, wurde ein zweiter Wahlgang erforderlich.

Die Auszählung der Stimmen des zweiten Wahlganges durch die Schriftführerinnen ergab für

Ratsherrn Felbier	21 Stimmen
Oberbürgermeister Menzel	19 Stimmen
Ungültige Stimmen	4.

Herr Felbier wurde damit zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates gewählt.

Nach der Wahl des Vorsitzenden bat Herr Schmidt um Benennung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses. Dabei wies er noch einmal auf die eingangs dargestellten Bestimmungen zur Besetzung hin.

Für die SPD-Fraktion wurden die Herren Beigeordneter Neumann, Oberbürgermeister Menzel und Beigeordneter Adam vorgeschlagen.
Für die CDU-Fraktion wurden Ratsfrau Glaser und Herr Lauts vorgeschlagen.
Für die FDP-Fraktion wurde Ratsherr Sager vorgeschlagen.
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde Frau Fröhling vorgeschlagen.

Herr Prof. Reuter monierte, dass durch die Vorschläge der SPD-Fraktion bereits das gesamte Kontingent der möglichen Ratsmitglieder ausgeschöpft worden sei. Damit sei es den anderen vorschlagsberechtigten Fraktionen unmöglich gemacht worden ebenfalls Ratsmitglieder zu benennen, ohne die entsprechenden Vorschriften des NSpG zu verletzen.

Herr Stoffers nahm Stellung zur vorliegenden Problematik. Eine Regelung, wie das Kontingent der Ratsmitglieder auf die vorschlagsberechtigten Fraktionen zu verteilen ist, gebe es leider nicht. Hier seien die Fraktionen gehalten, untereinander eine einvernehmliche Regelung zu erzielen, um zu einer wirksamen Besetzung des Verwaltungsrates zu kommen. Gelinge dies nicht, so gelte der Verwaltungsrat trotz erfolgter Wahl des Vorsitzenden und Benennung der Mitglieder nicht als ordnungsgemäß gebildet. Dies habe zur Folge, dass der „alte“ Verwaltungsrat bis zur wirksamen Bildung eines neuen Gremiums im Amt bleibe. Hier rate die Verwaltung den Fraktionen, ein Einvernehmen wieder herzustellen und dafür gegebenenfalls die Sitzung zwecks Absprache kurz zu unterbrechen.

Von dem durch Herrn Stoffers unterbreiteten Angebot einer Sitzungsunterbrechung zur Absprache wurde kein Gebrauch gemacht.

Zwischen Herrn Dr. von Teichman und Herrn Stoffers wurde kurz die Frage nach der Grundlage der soeben dargelegten Aussage erörtert. Herr Stoffers erklärte, die soeben herbeigeführte Verhinderung einer Neubildung des Verwaltungsrates könne nicht dauerhaft fortgeführt werden. Hier seien die Fraktionen nochmals aufgerufen, eine einvernehmliche Lösung zu erarbeiten. Da die Sparkasse ohne Organ handlungsunfähig sei, müsse zwangsläufig der bisherige Verwaltungsrat bis zur wirksamen Neubildung im Amt bleiben.

Herr Schmidt stellte fest, dass der **Verwaltungsrat NICHT ordnungsgemäß gebildet** wurde und damit auch die Bestätigung der Beschäftigtenvertreter an dieser Stelle entbehrlich sei.

Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Für den **Aufsichtsrat** wurden neben Oberbürgermeister Menzel als zuständigem Dezernenten für die SPD-Fraktion die Herren Beigeordneten Neumann und Adam, für die CDU-Fraktion Ratsherr Rech und für die FDP-Fraktion Ratsherr Radmer benannt.

In die **Gesellschafterversammlung** wurde Oberbürgermeister Menzel einstimmig gewählt.

Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH

Herr Schmidt gab bekannt, dass sich die **Gesellschafterversammlung** aus dem Werksausschuss Entsorgungsbetriebe und Herrn Oberbürgermeister Menzel zusammensetze. Herr Oberbürgermeister Menzel mache hier jedoch von seinem Vertretungsrecht Gebrauch und lasse sich durch Herrn Stadtrat Dr. Graul vertreten.

Wilhelmshavener Touristik & Freizeit GmbH

Dem **Aufsichtsrat** gehören neben Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied und den Fraktionsvorsitzenden der beiden größten Ratsfraktionen, den Herren Beigeordneten Neumann und Prof. Reuter, je zwei weitere Mitglieder dieser Parteien an. Es wurden für die SPD-Fraktion Ratsherr Stolle und Ratsfrau Gastmann und für die CDU-Fraktion Ratsfrau Hirsch und Ratsherr Möhle benannt.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH

Herr Schmidt erklärte, dass sich Herr Oberbürgermeister Menzel als geborenes Mitglied im **Aufsichtsrat** künftig durch Herrn Ersten Stadtrat Stoffers vertreten lassen werde.

Als weitere Mitglieder wurden für die SPD-Fraktion Ratsherr Hartmann (Vertreter: Ratsherr Reese) und für die CDU-Fraktion Ratsfrau Klee (Vertreter: Ratsherr Panzer) benannt.

WTF Stadtwerke GmbH

Herr Schmidt teilte mit, dass die **Gesellschafterversammlung** dem Verwaltungsausschuss zuzüglich dem Ratsvorsitzendem entspreche, sofern dieser nicht ohnehin schon dem VA angehöre.

Wohnungsbaugesellschaft Jade mbH

Für den **Aufsichtsrat** wurden als Gäste ohne Stimmrecht für die SPD-Fraktion Herr Stadtkämmerer Hoff und für die CDU-Fraktion Ratsherr Möhle benannt.

Für den **Kontrollausschuss** wurden einstimmig bestellt:

SPD-Fraktion
Beigeordneter Neumann, Siegfried

CDU-Fraktion
Ratsherr Möhle, Helmut

FDP-Fraktion
Beigeordneter Dr. von Teichman, Michael

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau Lach, Erika

BASU-Fraktion
Ratsherr Ender, Joachim

LAW-Fraktion
Ratsherr Janssen, Johann

Daneben gehört Herr Stadtkämmerer Hoff als beratendes Mitglied dem Kontrollausschuss an.

Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates

Herr Schmidt verwies auf die zu diesem Punkt vorliegende Beschlussvorlage Nr. 161/2006.
Dazu habe die Landesjägerschaft Niedersachsen
als **Kreisjägermeister** Herrn Ehnste Lauts und
als Vertreter der Jäger im Jagdbeirat und allgemeinen Vertreter des Kreisjägermeisters Herrn Karl-Wilhelm Pfeifer vorgeschlagen.

Die Landwirtschaftskammer Weser-Ems habe
als Vertreter der Landwirtschaft Herrn Johannes de Riese,
als Vertreter der Forstwirtschaft Herrn Eckart Janßen
und als Vertreter der Jagdgenossenschaft Herrn Dieter Gudd vorgeschlagen.

Das Niedersächsische Forstamt Neuenburg habe als Vertreter des Beratungsforstamtes Herrn Forstoberinspektor Carsten-Friedrich Streufert vorgeschlagen.

Der Naturschutzbeauftragte schlage als Vertreter des Naturschutzes
Herrn Christian Finkenstaedt vor.

Alle vorgeschlagenen Personen erfüllten die gesetzlichen Voraussetzungen und würden im Fall einer Wahl das Amt übernehmen.

Da sich gegen eine en-bloc-Wahl durch Zuruf kein Widerspruch erhob, wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (einstimmig)

1) Der Rat wählt gemäß § 38 Abs. 1 des Niedersächsischen Jagdgesetzes (NJagdG)
Herrn Ehnste Lauts zum Kreisjägermeister.

2) Gemäß § 39 Abs. 1 NJagdG werden
Herr Karl-Wilhelm Pfeifer,
Herr Johannes de Riese,
Herr Eckart Janßen,
Herr Dieter Gudd,
Herr Forstoberinspektor Carsten-Friedrich Streufert und
Herrn Christian Finkenstaedt
als weitere Mitglieder des Jagdbeirates vom Rat für die Dauer der Wahlperiode benannt.

Über die Benennung/Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Wilhelmshaven in Wirtschaftsunternehmen, Zweckverbänden und anderen Gremien wurde abschließend in der Gesamtheit beschlossen:

Beschluss (einstimmig):

Der Besetzung der Gremien in der soeben vorgetragenen Form wird zugestimmt.

20 Antrag der BASU-Fraktion zur Regelung der Durchführung von Klausurberatungen

Herr Tjaden brachte für die BASU-Fraktion folgenden Antrag (Nr. 005-06) ein und begründete diesen anschließend:

„Haushaltsklausuren finden grundsätzlich Werktags in Wilhelmshaven statt.
Dem Wunsch einer Partei oder Gruppe nach auswärtiger Klausurtagung kann entsprochen werden, wenn die Partei oder Gruppe folgende Mehrkosten für die städtischen Mitarbeiter übernimmt:

- *Kosten für An- und Abfahrt,*
- *Kosten für Unterbringung und Verpflegung,*
- *Lohn/Gehaltskosten für Reisezeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit*
- *Mehrkosten für Lohn/Gehalt bei Überstunden und Wochenendarbeit.“*

Herr Prof. Reuter beantragte, den BASU-Antrag wie folgt **abzuändern**:
„Haushaltsklausuren finden ab Haushaltsberatungen 2008 in Wilhelmshaven statt.“ Damit solle die Einschränkung „grundsätzlich werktags“ entfallen. Diese Forderung könne aufgrund der Berufstätigkeit vieler Ratsmitglieder kaum umgesetzt werden.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass der Änderungsantrag aufgrund etwaiger Missverständnisse abgeändert werden müsse in *„Haushaltsklausuren finden ab den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2008 in Wilhelmshaven statt.“*

Dies wurde seitens der CDU-Fraktion so angenommen, auch Herr Tjaden zeigte sich mit der Änderung des Antrages einverstanden.

Aufgrund einer Nachfrage seitens Herrn Stoffers wurde zwischen den Herren Biehl, Adam Prof. Reuter und Tjaden die Frage diskutiert, ob mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion der zweite Teil des ursprünglichen Antrages entfallen solle oder nicht.

Der wie folgt geänderte Antrag:

„Haushaltsklausuren finden ab den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2008 in Wilhelmshaven statt.
Dem Wunsch einer Partei oder Gruppe nach auswärtiger Klausurtagung kann entsprochen werden, wenn die Partei oder Gruppe folgende Mehrkosten für die städtischen Mitarbeiter übernimmt:

- *Kosten für An- und Abfahrt,*
- *Kosten für Unterbringung und Verpflegung,*
- *Lohn/Gehaltskosten für Reisezeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit*
- *Mehrkosten für Lohn/Gehalt bei Überstunden und Wochenendarbeit.“*

wurde daraufhin bei Enthaltung der SPD-Fraktion **einstimmig angenommen**.

21 a) Antrag der BASU-Fraktion zur Umsetzung der Einführung des Ratsinformationssystems für die Ratsmitglieder
b) Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung des Ratsinformationssystems

Herr Tjaden brachte einen weiteren Antrag für die BASU-Fraktion (Nr. 006-06) ein:

„Ratsinformationssystem:
- *Das vom Rat der Stadt beschlossene "Ratsinformationssystem" wird schnellstmöglich eingeführt.*
- *Für Ratsmitglieder, welche nicht über eine eigene PC-Ausstattung mit entsprechendem Internetanschluss verfügen, wird ein entsprechender Arbeitsplatz in städtischen Räumen (Rathaus, Cityhaus) eingerichtet.*
- *Ein Anspruch auf Kostenerstattung für Anschaffung und Unterhaltung eigener PC-Ausstattungen besteht für die Ratsmitglieder nicht."*

Herr Dr. von Teichman zeigte sich mit der Formulierung „schnellstmöglich" einverstanden, so dass eine Abstimmung über den nahezu gleich lautenden gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen *(„Das Ratsinformationssystem wird zum 01.01.2007 eingeführt."*) entbehrlich wurde.
Gleichzeitig beantragte er, den Antrag der BASU-Fraktion dahingehend zu ergänzen, dass in Einzelfällen auch weiterhin die Unterlagen in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag der BASU-Fraktion wurde daraufhin wie folgt geändert:

„Ratsinformationssystem:
- *Das vom Rat der Stadt beschlossene "Ratsinformationssystem" wird schnellstmöglich eingeführt.*
- *Für Ratsmitglieder, welche nicht über eine eigene PC-Ausstattung mit entsprechendem Internetanschluss verfügen, wird ein entsprechender Arbeitsplatz in städtischen Räumen (Rathaus, Cityhaus) eingerichtet.*
- *Ein Anspruch auf Kostenerstattung für Anschaffung und Unterhaltung eigener PC-Ausstattungen besteht für die Ratsmitglieder nicht.*
- ***In Einzelfällen werden weiterhin Unterlagen in Papierform zur Verfügung gestellt."***

Der geänderte Antrag wurde einstimmig angenommen.

22 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung eines „runden Tisches" unter Beteiligung von Politik und Bürgern

Herr Dr. von Teichman brachte den unter **Ziffer III.2** des gemeinsamen Antrages von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen aufgeführten Antrag ein:

„Auf Wunsch des Rates wird zur Erörterung einer Angelegenheit in seiner Zuständigkeit und/oder zur Problemlösung ein „Runder Tisch" mit betroffenen und/oder interessierten Bürgerinnen und Bürgern eingerichtet. Einzelheiten zur Organisation und des Verfahrens werden noch festgelegt."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

23 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung von „Expertenanhörungen“ und Bildung von „Planungszellen“

Herr Dr. von Teichman brachte den unter Ziff. III.3 und 4 aufgeführten Antrag des gemeinsamen Antrages von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ein (aktualisierte Fassung vom 01.11.) und erklärte diesen anschließend:

„3. Zur Verbesserung der Beschlüsse von Rat und Ausschüssen sollen Expertenanhörungen durchgeführt werden und „Planungszellen“ ermöglicht werden.
4. Es wird Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister herbeigeführt, alle Beschlussvorlagen des öffentlichen Teils von Rats- und Ausschusssitzungen mit allen Anlagen im Internet zu veröffentlichen.“

Auf Bitten von Herrn Adam erklärte Herr Dr. von Teichman den Begriff „Planungszellen“: Hier sollen mit Hilfe interessierter Bürger unter Mithilfe von Experten Lösungen zu den verschiedensten Problemstellungen erarbeitet werden. Anhand einiger Beispiele zeigte Herr Dr. von Teichman, dass sich diese Art der Bürgerbeteiligung bereits verschiedentlich in der Praxis bewährt habe.

Herr Adam bestätigte diese Beobachtung aus eigenen Erfahrungen aus dem Bereich der Stadtwerke. Dennoch zeigte er sich skeptisch hinsichtlich der Umsetzung und der unter Umständen entstehenden Kosten.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass die praktische Umsetzung von Seiten der Antragsteller noch detaillierter dargestellt werde. Im übrigen sei er der Auffassung, dass dieser Weg zur Lösung verschiedenster Probleme durchaus hilfreich sein und daher durchaus einmal in ungewöhnliche Maßnahmen investiert werden könne.

Der Antrag wurde bei Enthaltung der SPD-Fraktion einstimmig angenommen.

24 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen auf Verkleinerung des Rates der nächsten Wahlperiode

Herr Dr. von Teichman brachte den unter Ziff. III.5 aufgeführten Antrag des gemeinsamen Antrages von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit anschließender Begründung ein (aktualisierte Fassung vom 01.11.):

„5. Zu der am 1. November 2011 beginnenden Ratsperiode wird der Rat verkleinert.“

Herr Neumann signalisierte, seine Fraktion werde den Antrag ablehnen, wie bereits in der Vergangenheit schon einmal geschehen.

Herr Ender erklärte, auch er werde ablehnen; er vermisse Angaben über den genauen Umfang der Verkleinerung.

Herr Dr. von Teichmann wendete ein, die Verkleinerung solle im Rahmen der Vorschriften der NGO um 2,4 oder 6 Ratsmitglieder erfolgen. Im vorliegenden Antrag gehe es zunächst um eine generelle Meinungsabfrage.

Herr Hartmann verdeutlichte, dass in Wilhelmshaven das Verhältnis von Ratsmitgliedern zur Einwohnerzahl im Vergleich zum Beispiel mit dem Landkreis Friesland ohnehin eher gering ausfalle. Er halte eine Verkleinerung des Rates daher für eher problematisch.

Herr Dr. von Teichman begründete abschließend erneut seine Auffassung und betonte, die Sparbemühungen müssten auch auf diesem Gebiet durchgehalten werden.

Der Antrag wurde bei Stimmengleichheit (22 Ja-Stimmen – CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und 22 Nein-Stimmen – SPD-Fraktion, BASU-Fraktion, LAW-Fraktion und NPD) **abgelehnt.**

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Nach Abschluss der konstituierenden Sitzung dankte Herr Schmidt den Anwesenden für die Zusammenarbeit. Besonderen Dank richtete er dabei an die MitarbeiterInnen des Fachbereichs „Kommunikation und Koordination“ für die geleistete Vorarbeit, die wesentlich zum reibungslosen Verlauf der Sitzung beigetragen habe.

Herr Hoff informierte abschließend über einen Workshop für die neuen Ratsmitglieder zum Thema **„Neues kommunales Rechnungswesen“**, der am **29.11.2006** um **15 Uhr** im Ratssaal stattfinde.

Ende der Sitzung: 22:35 Uhr

Schmidt	Menzel	Rogel
Ratsvorsitzender	Oberbürgermeister	Protokollführerin